

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	11
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	26.02.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Holzmann (GFF)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Stuttgarter Bäume - Aktueller Bericht		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Der Antrag und die Anfrage Nr. 45/2021 vom 01.02.2021 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BM Thürnau betont, es lägen hinsichtlich der Stadtbäume unterschiedliche Entwick- lungen vor: zum einen handle es sich um klimarelevante Schäden bzw. um Verkehrssi- cherheitsmaßnahmen, die die Verwaltung durchführen müsse. Zum anderen habe die Verwaltung ein neues Bewässerungsmanagementsystem aufgebaut, welches der Ge- meinderat in den letzten Haushaltberatungen unterstützt habe. Des Weiteren sei der Bereich der Stadtbäume innerhalb der Verwaltung in der Zuordnung auf neue Beine gestellt worden. Parallel sei der Antrag Nr. 45/2021 von der Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei - "Ein Baumbestands- und Baumge- sundheitsbericht ist nötig: Die grünen Lungen der Stadt sind in Gefahr!" - gestellt wor- den, den die Verwaltung in Teilen beantworten werde.

Der Verwaltung sei das Thema Bäume stets wichtig, betont Herr Schirner (GFF). Die Situation sei aufgrund der letzten drei Trockenjahre brisanter und ins Bewusstsein ge-

rückt worden. Der entsprechende Antrag Nr. 415/2020 sei in der AKU-Sitzung am 04.12.2020 beantwortet worden. Aufgrund des heute vorliegenden Antrags Nr. 45/2021 wolle sich die Verwaltung ein zweites Mal diesem Thema widmen.

Einführend erklärt Herr Dr. Holzmann (GFF), mit der Gießwagenflotte der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) könnten rein rechnerisch rund 1.000 Bäume täglich gegossen werden. Da manche Bäume jedoch beispielsweise im Anwuchs oder an trockenen Standorten einen größeren Wasserbedarf benötigten, müssten diese in Kooperation mit dem AWS häufiger gewässert werden. Daraufhin berichtet Herr Dr. Holzmann im Sinne der angehängten Präsentation. Er ergänzt, neue Baumstandorte würden u. a. vom Baumersatzkonto finanziert. Falls private Bauherren oder Privatinvestoren keinen neuen Baum pflanzen wollten, bestehe innerhalb der Baumschutzsatzung die Möglichkeit, eine Ersatzzahlung zu leisten. Diese liege in der Zone 1 bei 9.700 Euro und in der Zone 2 bei 8.200 Euro, was gleichermaßen einen Freikauf darstelle. In den letzten sechs Jahren habe das GFF jeweils rund 300.000 Euro in neue Baumstandorte investiert und neue Bäume gepflanzt. Die größte Gefahr habe in den letzten drei Jahren die Trockenheit dargestellt. Für Vitalisierungen an problematischen Bäumen habe die Verwaltung im Doppelhaushalt 2020/2021 jeweils 800.000 Euro zur Verfügung gestellt bekommen, die auch verwendet worden seien. Allein im letzten Jahr seien über 1.700 Standorte im Straßenbereich, in Friedhöfen sowie in Parks saniert und vitalisiert worden. Hierbei werde ein stufiges Verfahren angewandt: Zunächst werde die Möglichkeit geschaffen, dass der Baum besser das Wasser aufnehmen könne. Danach werde er ihm Rahmen eines Bewässerungskonzepts der Verwaltung bewässert. 20 große und kleine Gießfahrzeuge würden eingesetzt, um Straßen- und Parkbäume zu gießen. Rein rechnerisch könnte jeder Straßenbaum jährlich vier- bis fünfmal gewässert werden. Baumfällungen könnten durchaus u. a. aus Naturschutzgründen erfolgen. So seien im Greutter Wald (Weil, Feu, Zu) aufgrund des Vorkommens des Blausterns Baumfällungen durchgeführt worden, da dieser Licht und Wärme benötige. Ein großes Problem im Stadtwald stellten südexponierte flächig ausfallende Buchenbestände dar, da sie vertrockneten.

Es sei bemerkenswert, in welchem Umfang sich die Verwaltung um die städtischen Bäume kümmere, betont StRin Munk (90/GRÜNE). Das Projekt "Klima in Not" sei in den vergangenen Haushaltsberatungen ausführlich diskutiert worden. Daher sei die Brisanz bekannt, die bestehenden Bäume zu erhalten sowie neue Baumstandorte im Zeichen des Klimawandels in der LHS zu schaffen, um Kühlung und Luftfilterung zu gewährleisten. Angesichts der Notwendigkeit von Baumfällungen solle bei alten Bäumen das Verhältnis zu neu zu pflanzenden Bäumen innerhalb der Baumschutzsatzung bei 1 : 2 liegen. Die Stadträtin geht davon aus, bei 750 gefällten Bäumen würden ebenso 750 neue Bäume gepflanzt. Im Rahmen des Klimapakets solle nicht lediglich der Ersatz der gefällten Bäume vorgenommen werden, sondern zusätzliche Bäume gepflanzt werden. BM Thürnau betont, aus den Ausführungen von Herrn Dr. Holzmann sei deutlich geworden, dass die Stadt in der Lage sei, die gefällten Bäume zu ersetzen. Dies gelte stets innerhalb der Baumschutzsatzung. Das Klimaaktionsprogramm sehe die Pflanzung von 1.000 neuen Bäumen innerhalb von zwei Jahren vor. Hierbei werde intensiv mit dem ASW (Referat SWU) zusammengearbeitet. Auf die Frage von StRin Munk, nach welchen Kriterien Standorte für Ersatzbäume und neue Bäume ausgesucht würden, führt BM Thürnau aus, das ASW teile dem GFF zunächst mögliche Standorte für neuen Bäume mit. Im letzten Jahr seien dies 120 neue Standorte gewesen. Allerdings tauchten bei der Standortsuche stets Probleme auf. Zukünftig werde es nicht leicht sein, neue Bäume in der LHS anzupflanzen.

StRin Munk betont, hinsichtlich der Kartierung bestehe die Möglichkeit der Standortdigitalisierung über Luftbildauswertungen. Hiervon ließen sich Konzepte zur Pflege exakter ableiten. BM Thürnau schränkt ein, diese Luftbildauswertungen reichten für eine Gesundheitsbeurteilung nicht aus. Im Rahmen des Grünflächenmanagements seien die Einzelbaumstandorte kartiert, betont Herr Dr. Holzmann. Hierbei besitze jeder Baum eine Kontrollhistorie. Allerdings beinhalte dies keine Aussage zu dem Gesundheitszustand des Baumes.

Aufgrund des Antrags ihrer Fraktion zum Thema "Die Bäume haben Durst - Equipment fehlt" im Rahmen der vergangenen Haushaltsberatungen, so StRin Munk, seien vier Tankwagen angeschafft worden mit der Möglichkeit, Equipment aufzusatteln. Falls mehr gewässert werden sollte, werde nicht lediglich ein entsprechender Fuhrpark, sondern ebenso Personal benötigt. Im Vorgriff auf die nächsten Haushaltsberatungen interessiere ihre Fraktion, welche Ansätze die Verwaltung in diesem Bereich verfolge und welche Ausstattung hierfür benötigt werde. Herr Schirner betont, angesichts von 20 Gießwagen und einer von der AWS routiniert gesteuerten Telematik fühle er sich bei diesem Thema gut aufgestellt. Der Gießzeitraum solle von 6 auf 9 Monate ausgedehnt und in den Schichtbetrieb übergegangen werden. Dies mache der möglicherweise vierte zu trockene Sommer nötig. Das technische und personelle Potenzial der Verwaltung gehe aus den finanziellen Mitteln des Klimaaktionspakets hervor. Dies ermögliche in wesentlich größerem Umfang, den Baumerhalt durchzuführen. BM Thürnau ergänzt, zukünftig werde nicht mehr mit Leitungswasser gewässert, sondern es werde hierzu Betriebswasser aus den Klärwerken eingesetzt. Dies sei bereits seitens des Gesundheitsamts sowie aus baumtechnischer Sicht geprüft worden. Mit dem Referat SOS sei abgestimmt, ab April gereinigtes Brauchwasser zum Gießen verwenden zu können. Herr Dr. Holzmann ergänzt, bei den Gießwagen handle es sich um eigene Fahrzeuge und Mietfahrzeuge. Einige Fahrzeuge befänden sich derzeit in der Beschaffung, so dass ab den Jahr 2022 hauptsächlich eigene Gießwagen eingesetzt werden könnten. Bei Bedarf könne zugemietet werden.

Die Verwaltung vermittele einen sehr qualifizierten Eindruck, das Thema der städtischen Bäume zu beherrschen, so StR Hill (CDU). Hinsichtlich der Nachpflanzungen bestehe offenbar das Problem, dass nicht genügend Standorte für Nachpflanzungen vorhanden seien, was besonders in besiedelten Stadträumen der Fall sei. Wenn die Stadt Probleme bei der Nachpflanzung von Straßenbäumen habe, sei die Ersatzpflanzung in einer Parkanlage mit bereits vielen Bäumen weniger sinnvoll. Vielmehr sollten Ersatzpflanzungen in versiegelten Gebieten vorgenommen werden. Er erkundigt sich, in welchem Maß private Flächen hierbei einbezogen und ein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt werden könnte. Diese Auffassung teilt ebenso StRin Schanbacher (SPD). BM Thürnau begrüßt grundsätzlich den Ansatz, private Flächen bei der Baumstandortsuche miteinzubeziehen. Falls sich eine Privatperson bereit erkläre, auf seinem Grundstück einen Ersatzbaum zu pflanzen, stelle sich allerdings die Frage nach der Pflege und Unterhaltung dieses Baums. BM Thürnau schlägt eine Öffentlichkeitskampagne in der Art vor, Privatpersonen von der Pflanzung und Pflege von Bäumen auf deren Grundstücken zu überzeugen. Ihm gehe es hierbei um ein einfaches System, so StR Hill. Die Privatpersonen sollten für die gepflanzten Bäume keine Verantwortung für die Pflege tragen.

StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, als Antragstellerin gehe es seiner Fraktion darum, bessere Kenntnisse über den Zustand der städtischen Bäume zu bekommen. Die sich abzeichnende Dynamik des Klimawan-

dels und der Aspekt der Artenvielfalt stellten wichtige Zukunftsfragen dar. Er begrüße die von der Verwaltung dargestellte Systematik bei diesem Thema. Wichtig sei für seine Fraktion der darüberhinausgehende Aspekt weiterer nicht städtischer Flächen bei der Baumstandortsuche. Es stelle sich die Frage nach dem Zustand der sich in privatem Besitz befindlichen Bäume, die ebenso zum Ökosystem der Stadt dazugehörten. Insgesamt gehe es darum, eine größere Anzahl gesunder Bäume als Lebensraum und als CO₂-Speicher in der LHS zu erreichen. Ein Bericht sei dann als Steuerungsinstrument wirkungsvoll, wenn er eine Zustandsbeschreibung beinhalte. Ihn habe die Aussage von Herrn Dr. Holzmann hinsichtlich der Qualität der Inventur hellhörig gemacht. Falls konkretere Aussagen über den Gesundheitszustand der Bäume gemacht werden sollten, bedürfe es einer größeren Personalausstattung. Seine Fraktion wünsche sich einen qualitativ hohen Zustandsbericht zumindest der Bäume, die bereits im Bericht der Verwaltung erfasst seien. Hinsichtlich der anstehenden Haushaltsberatungen stelle sich die Frage, ob hierfür mehr personelle Ressourcen vorgehalten werden müssten. BM Thürnau gibt zu bedenken, die Gesundheitsbeurteilung ebenso der privaten Bäume würde die Stellenplanberatung sprengen. Ebenso rechne er mit Widerstand von privaten Grundstücksbesitzern, städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Zugang auf ihre Grundstücke zu gewähren. Herr Dr. Holzmann erklärt zu dem von StR Rockenbauch angesprochenem Gesundheitszustand der Bäume, alle zehn Jahre werde auf Bundesebene unter großem Aufwand der Waldzustandsbericht erstellt. Im Bereich der Straßenbäume stünden Maßnahmen aus verkehrssicherungspflichtigen Gründen stets in Zusammenhang mit der Gesundheit der Bäume. Es werde allerdings nicht geprüft, warum der Baum nicht gesund sei, da es sich um ein komplexes Zusammenspiel handle. Die Bäume stünden unter Stress, darunter zu 90 Prozent unter Trockenstress. Im öffentlichen Raum sei die Erhebung des Gesundheitszustandes der Bäume möglich, während dies auf Privatflächen aufgrund der Zugangsproblematik schwierig sei.

Beim Thema Verkehrssicherheit, so StR Rockenbauch, seien die dargestellten Verschiebungen und die Gründe des Klimawandels hierfür interessant. Daher sei zum einen der aktuelle Zustand und zum anderen die weitere Entwicklung wichtig, um über die politischen Steuerungsinstrumente hinsichtlich Vitalisierung, Standortsanierung und Gießen entscheiden zu können. Wesentlich sei in der politischen Haltung, eine größere Anzahl von Bäumen in der LHS anzustreben. Hierzu könne der Bericht beitragen, im "1.000 Bäume-/Büsche-Programm weiter voranzukommen. Falls 750 Bäume pro Jahr wegfielen, sei es schwierig, ebenso viele Ersatzstandorte für das Jahr 2020 zu finden. In der Vergangenheit sei über eine unterschiedliche Anzahl zusätzlicher Bäume diskutiert worden. Er habe in dem Bericht vermisst, wie groß der Erfolg bei der Schaffung zusätzlicher Bäume sei. Eine Herkunftsbeschaffung der Bäume in eigener Hand der LHS hätte vielerlei Vorteile. Auf seine Frage nach der Herkunft der Bäume, die möglichst rasch einen ökologischen und klimarelevanten Beitrag leisten sollten, führt BM Thürnau aus, es bestehe ein entsprechendes Budget zur Prüfung der Errichtung einer eigenen Baumschule der LHS. Der betreffende Antrag hierzu sei nahezu fertiggestellt.

StR Rockenbauch betont, hinsichtlich der Rodungen an der Gäubahnstrecke aufgrund des Eidechsenvorkommens handle es sich um städtische Grundstücke. Herr Dr. Holzmann widerspricht in diesem Punkt StR Rockenbauch. Aufgrund der Novellierung des Bundeseisenbahngesetzes fielen diese Rodungen nicht in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung. StR Rockenbauch ist der Auffassung, dennoch müssten die Rodungen in die Bilanzierung des Berichts einfließen.

In dieser Woche seien bereits Berichte über den katastrophalen Zustand der Wälder vorgestellt worden, so StRin Schanbacher (SPD). Der Grund liege bei Hitze, Trockenheit und Schädlingen. Es stelle sich die Frage, in welchem Ausmaß hiervon ebenso die städtischen Bäume betroffen, und welche Baumarten klimaangepasst seien. Auf ihrer Frage, was mit den gefälltten Bäumen geschehe, führt Herr Dr. Holzmann aus, diese würden u. a. in den Hackschnitzelheizungen der Stadtgärtnereien thermisch verwertet. Hiermit würden Schulen und Schwimmbäder beheizt.

StRin Schanbacher betont aufgrund des Großteils der Baumstandorte auf Friedhöfen, diese stellten einen interessanten Aspekt bezüglich der Klimaanpassung dar. Daher sollten diese in weitere Programme hinsichtlich der Baumartenvielfalt einbezogen werden. Herr Schirner bestätigt, die meisten beschlossenen Heckenpflanzungen seien auf Friedhöfen durchgeführt worden. Ebenso seien dort Wiesenflächen zur Insektenförderung angelegt worden. Dadurch würden die Themen Artenschutz und Naturschutz stark bedient. Herr Dr. Holzmann ergänzt, die Stärkung des Immunsystems sei das Vorteilhafteste für einen Baum. Dies geschehe aufgrund von Baumvitalisierung, Freilegung des Standraums, Entsigelung von Flächen sowie Bewässerung. Dieses Vorgehen eigne sich im Straßenraum mit der Gießwagenflotte sehr gut. Im Wald könne dies allerdings nicht geleistet werden. Dieser solle vielmehr klimastabil umgebaut werden, indem klimaresistente Bäume gefördert werden müssten. Der diese Woche veröffentlichte Waldzustandsbericht der Bundesregierung werde alle zehn Jahre im Rahmen der Bundeswaldinventur erstellt und habe ein vernichtendes Bild des Gesundheitszustandes des Waldes mit sich gebracht. Die meisten Baumkronen seien licht, was daran liege, dass sich viele Bäume häufig auf falschen Standorten befinden und zudem von Hitze und Trockenheit überrollt würden. Die hierdurch geschwächten Bäume würden zudem von Schädlingen angegriffen. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Gartenbauamtsleiterkonferenz auf Bundesebene werde eine Liste von klimaresistenten Baumarten zusammengestellt.

StRin Köngeter (PULS) betont hinsichtlich der Anpflanzung neuer klimaresistenter Baumarten könne ein Widerspruch zur Artenvielfalt entstehen. Herr Dr. Holzmann habe auf die Schwierigkeiten beim Auffinden neuer Baumstandorte hingewiesen. Sie schlägt vor, Baumstandorte verstärkt auf Spielplätzen zu prüfen. Ihrer Auffassung nach werde in Freiburg für jedes Baby ein Baum gepflanzt, was ebenso in der LHS durchgeführt werden könnte. Herr Schirner erklärt, dort wo es möglich sei, würden auf Spielplätzen Schattenbäume gepflanzt.

Hinsichtlich der Beantragung, alle zwei Jahre einen Baumzustandsbericht zu erstellen, schlägt BM Thürnau vor, einen jährlichen Bericht vorzutragen. Die Datengrundlage des Grünflächenmanagements des GFF, für die Bäume und Sträucher kartiert und digitalisiert erfasst würden, müsse verbessert werden. Nach der Inventur im Jahr 2015 würden die Inventuren alle zehn Jahre durchgeführt, wodurch sich die nächste Inventur im Jahr 2025 ergebe. Die Gesamtzuständigkeit für die städtischen Bäume sei verwaltungsintern in der Abteilung des GFF von Herrn Dr. Holzmann zusammengefasst worden. Während die Planung und der Entwurf für eine Grünfläche bei der Abteilung 4 des GFF verbleibe, liege die Umsetzung der Baumkontrolle und -pflege zukünftig in einer Hand. Herr Schirner ergänzt, dieses Thema werde aus der bezirklichen Betrachtung herausgenommen, da sich in den letzten rund vier Jahren gezeigt habe, das Thema "Städtische Bäume" zu zentralisieren. Er bekräftigt die Ausführungen von BM Thürnau, einen jährlichen Baumbericht zu erstellen.

Herr Schirner (GFF) ergänzt, hinsichtlich der Frage nach weiteren Baumstandorten habe der Gemeinderat dem ASW eine zusätzliche Personalstelle ermöglicht, die allerdings noch nicht besetzt werden konnte. Die Auffindung neuer Baumstandorte, insbesondere im Straßenraum, falle in den Zuständigkeitsbereich des AWS, während für die Umsetzung das GFF verantwortlich sei. Es gebe derzeit keine freien Standorte, die bepflanzt werden könnten. Bei der Abwägung von Baumfällungen gegenüber Baumpflanzungen werde der Aspekt der Naturverjüngung in der Statistik berücksichtigt, da diese nicht in Zahlen zu fassen sei. Eine Naturverjüngung laufe in kleinen und großen Grünanlagen ab und entwickle eine natürliche Dynamik. Im vorliegenden Antrag der Fraktion werde gefordert, keine große Anzahl an Bäumen zu fällen. Allerdings ließe sich dieses insbesondere aufgrund von Verkehrssicherungsmaßnahmen nicht vermeiden. Bei morschen Bäumen gebe es keine Spielräume, diese zu erhalten. Hinsichtlich des Themas Artenschutz sei die Verwaltung beauftragt, Flächennachweise zum Jahresende vorzulegen. Auf eine Frage von StRin Munk eingehend, führt Herr Schirner aus, hierdurch werde die Pflanzung von Hecken, Blumenwiesen und der 1.000 Bäume nachgewiesen. Die LHS verfüge. Falls weiterhin klimawirksame Maßnahmen durchgeführt werden sollten, müsse über eine Erweiterung der über etwa knapp 1.000 ha Grünflächen der LHS nachgedacht werden. Eine Grünfläche verfüge über eine deutliche Klimawirkung und führe zu einer wirksamen Abkühlung. Im Jahr 2010 habe die LHS etwa 38.000 Straßenbäume besessen, in 2019/2020 seien dies über bereits 39.000 Straßenbäume gewesen. Hinsichtlich der bereits in vorangegangenen Sitzungen diskutierten Fahrradabstellcontainer befinde man sich rasch in Konkurrenz zu einem Baumstandort. Allerdings entscheide dies verwaltungsintern das ASW und nicht das GFF. Beim Thema Bürgereinbeziehung existierten rund 200 Paten, die etwa 1.000 Bäume versorgten.

Herr Dr. Holzmann betont zum Aspekt Klimaschutz, Wälder seien stark CO₂-senkend. Insofern müsse der Wald gesund erhalten bleiben, da lediglich gesunde Bäume genügend CO₂ aufnehmen könnten. Die vertrockneten Bäume müssten entnommen und neue Bäume über Naturverjüngung oder Neupflanzung gefördert werden.

Es stelle sich die Überlegung, so StR Rockenbauch, in Kooperation mit dem ASW nicht lediglich Einzelbaumstandorte zu betrachten, sondern grüne und blaue Infrastruktur miteinander zu verbinden. So könnten Parkanlagen und Gehölze automatisiert mit Oberflächenwasser gegossen werden. Schließlich sei eine Zunahme von Starkregenereignissen zu verzeichnen, der rasch abfließe und nicht gespeichert werde. Falls dies möglich sei, könne der Gießaufwand für die Verwaltung, außer bei den Einzelbaumstandorten, minimiert werden. Dies erfordere einen landschaftsarchitektonischen gärtnerischen Umbau der Parkanlagen und öffentlichen Plätze. In anderen Staaten entwickle sich der Trend, diese Flächen für eine gewisse Zeit zu überschwemmen. Herr Schirner führt aus, damit werde das Thema der Schwammstadt angesprochen. Auf dem Killesberg werde eine große Wassermenge in einem umfassenden alten Kellerbauwerk vorgehalten. Technisch sei es nicht einfach, die große Wassermenge aufgrund mehrerer Faktoren zu regulieren. Hierbei bestehe eine Kooperation mit SES, die in diesen Anlagen professionell arbeiten würden. Hinsichtlich des Diakonissenplatzes habe es ebenso die Überlegung gegeben, das Wasser von den Dächern städtischer Gebäude zu nutzen. Falls das Thema planerisch, juristisch und rechtlich einwandfrei aufbereitet werde, stelle es technisch für das GFF kein großes Problem dar. Ebenso gebe es entsprechende Vorüberlegungen am Bismarckplatz. BM Thürnau betont, die Verwaltung lehne diese Überlegungen nicht ab, sondern beschäftige sich weiterhin mit diesem Aspekt. Beispielsweise handle es sich am Killesberg um eine große Kelleranlage einer ehemaligen Messehalle. Herr Schirner ergänzt, zu dem von StR Rockenbauch ange-

sprochenen Thema finde eine Zusammenarbeit mit der Universität Stuttgart statt. Als Grünflächenverwaltung besitze das GFF entsprechende Standorte, an denen das Wasser für die Bewässerung verbraucht werden könnte. Allerdings nehme der gesamte Verlaufsprozess viel Zeit in Anspruch.

Da keine weiteren Wortmeldungen geäußert werden, stellt BM Thürnaeu fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat vom Bericht Kenntnis genommen, mit der Maßgabe, weitere Fragen des Antrags Nr. 45/2021 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) schriftlich zu beantworten und weiter regelmäßig über das Thema zu berichten.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Referat T
zur Weiterbehandlung
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Klimaschutz
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS